



## Gemeinde Mainhardt

### Niederschrift über die öffentlichen Verhandlungen des Gemeinderats vom 25. Juli 2018

**Beginn:** 17:10 Uhr  
**Ende:** 20:45 Uhr

#### Vorsitzender

Komor, Damian

#### Mitglieder

Auwärter, Martina  
Braun, Volker  
Correll, Wilfried  
Feger, Heiko  
Feuchter, Wolfgang  
Honold, Rüdiger  
Kallina, Udo  
Kemppel, Stephan  
Kopf, Katja  
Mack, Walter  
Müller, Simon  
Schweizer, Bernhard  
Vogelmann, Rainer  
Weidner, Gerhard  
Weiß, Monika  
Zendler, Fritz

#### Schriftführung

Häfner, Daniela  
Liese Leinweber

#### Verwaltung

Göbel, Marvin  
Heiden, Volker

#### Ortsvorsteher

Hofmann, Bettina  
Nägele, Jürgen  
Rüger, Roland

#### **Entschuldigt fehlen:**

#### Mitglieder

Bommerer, Thomas (beruflich verhindert)  
Braun, Doris  
Enderle, Alexander (beruflich verhindert)

**Öffentliche Sitzung vom 25. Juli 2018**

Koppenhöfer, Thomas (beruflich verhindert)  
Nagel, Heiko (beruflich verhindert)  
Schoch, Tilman (privat verhindert)

Zur Beurkundung:

Damian Komor  
Bürgermeister

Daniela Häfner  
Schriftführerin

Liese Leinweber  
Schriftführerin

Gemeinderat:

---

---

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil

		Vorlage Nr.
TOP 1	Bekanntgaben	
TOP 2	Anfragen und Anregungen des Gemeinderats	
TOP 3	Einwohnerfragestunde	
TOP 4	Baubeschluss Sanierung der Helmut Rau Schule	65/2018
TOP 5	Bebauungsplan "Am Hanfweg" in Hütten - Behandlung der eingegangenen Bedenken und Anregungen - Satzungsbeschluss	60/2018
TOP 6	Mitverlegung von Leerrohren bei der Sanierung der Kreisstraße zwischen Mainhardt und Hammerschmiede	61/2018
TOP 7	Anpassung Elternbeiträge in Kindertagesstätten 2018/2019	58/2018
TOP 8	Konzeptionsentwicklung Kindergarten	63/2018
TOP 9	Bausachen	
TOP 10	Verschiedenes	

## Öffentliche Sitzung vom 25. Juli 2018

### **§ 1 Bekanntgaben**

#### **Beratungsverlauf:**

BM **Komor** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Mitglieder des Gemeinderats. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung eingeladen wurde und dass keine Anträge zur Tagesordnung vorliegen.

BM **Komor** gibt das Datum der nächsten Kommunal- und Europawahl bekannt, welche am Sonntag, den 26. Mai 2019, stattfinden wird.

## Öffentliche Sitzung vom 25. Juli 2018

### § 2 Anfragen und Anregungen des Gemeinderats

#### Beratungsverlauf:

Auf Nachfrage von Gemeinderat **Kallina** bekundet BM **Komor**, dass es möglich sei, ein Bushäuschen in Obermaibach aufzubauen, wenn die Obermaibacher Bürger sich engagieren würden und bereit seien, mitzuarbeiten. Die Gemeinde würde dann das Material zur Verfügung stellen, so wie dies auch in Hütten gehandhabt worden sei.

**§ 3 Einwohnerfragestunde**

**Beratungsverlauf:**

Eine Einwohnerin erkundigt sich nach dem Stand des Radwege-Ausbaus zwischen Ammertsweiler und Finsterrot. BM **Komor** informiert, dass die Planung fortgeschritten sei. Es müssten nur noch die letzten Grundstücksverhandlungen abgeschlossen werden, damit der Bau beginnen könne.

Aus der Mitte der Einwohnerschaft wird festgestellt, dass die Geschwindigkeit in der Heergasse in Ammertsweiler auf 30 km/h beschränkt sei. Daran würden sich viele Fahrer aber nicht halten, weshalb gefordert werde, in diesem Bereich die Geschwindigkeitsanzeigetafel aufzustellen. Diesem Antrag stimmt BM **Komor** zu.

Weitere Wortmeldungen aus der Einwohnerschaft liegen nicht vor.

## Öffentliche Sitzung vom 25. Juli 2018

### **§ 4 Baubeschluss Sanierung der Helmut Rau Schule Vorlage: 65/2018**

#### **Beschluss:**

1. Der Gemeinderat stimmt der Sanierung der Helmut Rau Schule zu. Grundlage ist die Kostenberechnung vom 13. Juli 2018 i.H.v. 15.414.240,47 € für alle noch auszuführende Arbeiten, ausgenommen ist die Außenanlagengestaltung.
2. Dem Einbau der Be- und Entlüftungsanlage i.H.v. 1.956.284,84 € wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, das Architekturbüro Mattes & Ringlewski und alle beteiligten Fachplaner mit den jeweiligen weiteren Leistungsphasen zu beauftragen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss unter Ziffer 1 wird mit 16 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Der Beschluss unter Ziffer 2 wird mit 15 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Der Beschluss unter Ziffer 3 wird mit 16 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

#### **Beratungsverlauf:**

Einführend erinnert BM **Komor** an die zurückliegenden Beratungen zur Schulsanierung. Zuletzt habe sich der Gemeinderat mit diesem Thema in einer zweitägigen Klausur in der Schule auseinandergesetzt. Die der Verwaltung und den Planern dabei aufgetragenen Aufgaben seien abgearbeitet worden mit dem erfreulichen Ergebnis, dass in einigen Bereichen Einsparungen gemacht werden könnten. Nachfolgend geht BM Komor auf die finanzielle Gesamtsituation der Gemeinde und den Stand der Kredite ein. Besonders freue er sich über die Nachricht, dass dem Antrag auf Mittel aus dem Ausgleichsstock zu 100% entsprochen werde, was der Gemeinde einen weiteren Zuschuss über 800.000 € einbringe.

BM **Komor** übergibt dann das Wort an den planenden Architekten Kristian **Ringlewski** vom Büro Mattes Ringlewski Architekten, Heilbronn, der sich zunächst für die konstruktiven Anregungen des Gemeinderats aus der Klausur bedankt. 17.400.000 € sei eine große Summe, aber es gehe ja auch um die Sanierung eines großen Projekts. Das gemeinsame Ziel sei eine gründliche Sanierung für eine langfristige Erhaltung des Gebäudes. Bei den verschiedenen Arbeitsgesprächen seien verschiedene Möglichkeiten betrachtet und bewertet worden. Dabei habe man Einsparmöglichkeiten gefunden, die nach Bewertung der Verwaltung sinnvoll seien und sich nicht nachteilig auf das pädagogische Konzept der Schule auswirkten. Mit einbezogen wurde das BUS-System und die detaillierte Heizungs- und Elektroplanung, die von der Verwaltung als wirtschaftliche und nachhaltige Investition angesehen würden. Die mechanische Be- und Entlüftungsanlage, die eine ständige Luftzufuhr auch ohne das mechanische Öffnen eines Fensters ermöglicht, stelle im ersten Moment zwar eine enorme Kostensteigerung dar, sei aber weniger teuer und aufwändig als eine nachträgliche Installation.

## Öffentliche Sitzung vom 25. Juli 2018

Mit einberechnet seien auch die Kosten für die Interimslösung, wobei das Grundstück für die Unterbringung der Container noch offen sei. Die Container sollten für drei Jahre vor Ort sein um das benötigte Raumangebot auch während der Bauzeit abdecken zu können. Er weist weiter darauf hin, dass Teilmaßnahmen bereits ausgeführt worden seien und daher in der Kostenschätzung nicht mehr zu Buche schlagen würden. In einer Präsentation zeigt Herr Ringlewski die Entwurfsplanung der verschiedenen Gebäudeteile und erläutert, die darin vorgesehenen Brandschutzmaßnahmen. Zusammen mit dem Entfluchtungskonzept stelle der Brandschutz einen ganz wesentlichen Teil der Planung dar.

Im Anschluss an die Erläuterungen von Herrn Ringlewski bezieht BM **Komor** Stellung zu der nun vorgelegten, überarbeiteten Planung. Er sei sich der finanziellen Auswirkungen der Maßnahme durchaus bewusst, sehe aber keine sinnvolle Alternative zu der vorgestellten Sanierung der Schule. Eine wichtige Rolle käme während der Bauzeit dem Bauausschuss zu, der bei wichtigen Entscheidungen vor Ort unterstützen und notfalls korrigierend eingreifen solle. BM Komor bekundet seinen Optimismus hinsichtlich der guten Zusammenarbeit aller Projektbeteiligten, dem günstigen Zeitpunkt aufgrund der Zuschusssituation und der aktuellen Zinspolitik. Danach eröffnet er die Aussprache.

Gemeinderat **Schweizer** fragt nach den konkreten Vorteilen der Lüftungsanlage und möchte wissen, inwiefern sich das Raumklima dadurch verbessern würde. Gemeinderätin **Kopf** möchte außerdem wissen, ob die Anlage auch funktioniere, wenn trotzdem einmal ein Fenster geöffnet werde.

Dies versichern sowohl der anwesende Fachplaner als auch Herr **Kenngott**, der Bauleiter der Schulsanierung in Güglingen, der die Gemeinde Mainhardt berät. Er erläutert, dass sich der Luftaustausch durch die Anlage erheblich verbessere, was besonders wichtig sei, da das Gebäude durch die geplante Dämmung praktisch eingeschlossen sei. Das Wohlbefinden in den Räumen, die mit einer solchen Anlage belüftet würden, würde sich erheblich verbessern. Diese Erfahrung habe er in der Schule in Güglingen ganz eindeutig gemacht. .

Gemeinderat **Feuchter** spricht sich ganz klar für den Einbau einer Be- und Entlüftungsanlage aus. Er erkundigt sich, ob die Küche nicht weiter genutzt werden könne, ob es weitere Einsparmöglichkeiten bei der Garage gäbe und wie die Gebäude künftig beheizt würden.

Vielleicht könnten aus der Küche einzelne Geräte wieder verwendet werden, räumt Herr **Heiden** mit Blick auf das Baujahr der Küche aus dem Jahr 2000 ein. Dies müsse die spätere Detailplanung zeigen, genau wie auch etwaige Einsparungen an der Garage, die dann zu gegebenen Zeitpunkt vom Bauausschuss zu beraten seien. Zunächst solle die Schule wie bisher beheizt werden, langfristig solle sie aber an das Fernwärmenetz angeschlossen werden.

Gemeinderat **Honold** befürwortet ebenfalls den Einbau einer Lüftungsanlage. Insgesamt aber mache ihm die Finanzierung von Schulsanierung und gleichzeitigem Kindergartenneubau aber Sorge. Der Blick aufs Ganze müsse unbedingt im Auge behalten werden. Er bitte deshalb darum, die Gesamtkosten in Summe darzustellen und dagegen die Einnahmen aufzurechnen, die sich etwa aus dem Verkauf vorhandener Gebäude und Grundstücke ergeben könnten.

Eine solche Übersicht werde erstellt und nachgereicht, sagt BM **Komor** zu. Er sei sich aber sicher, dass die Gemeinde die höhere Verschuldung stemmen könne.

Kritisch äußert sich Gemeinderat **Corell** über die seiner Meinung nach sehr teure Lüftungsanlage. Unter Umständen könne mit einer einfachen Anlage das gleiche Ziel erreicht werden.

## Öffentliche Sitzung vom 25. Juli 2018

Für ihn stehe fest, dass erheblichen Einsparungen vorgenommen werden müssten, andernfalls könne die Gemeinde die Schulsanierung finanziell nicht leisten. Er schlage daher vor, die Fassade und die Fenster zu belassen, dann brauche es auch keine Lüftungsanlage und es könnten auf einen Schlag 7 Mio. € und die Betriebskosten der Anlage eingespart werden.

Hierzu erläutert der Fachplaner, dass für die Gebäude eine große Luftmenge vorgeschrieben sei, deshalb brauche es auch eine große Anlage. Die Betriebskosten schätze er auf insgesamt ca. 50.000 € für Strom und Wartung ohne Reparatur. Dies entspräche dann wiederum den Einsparungen bei den Heizkosten, die durch die Dämmung erzielt werden könnten, wirft Herr **Kenngott** ein.

Mit dem Hinweis aus die rechtlichen Verpflichtungen aus der Energieeinsparverordnung macht Herr **Riglewski** deutlich, dass in dem Moment gedämmt werden müsse, in dem in das Bauwerk eingegriffen werde. Dabei gelte es unbedingt, Kältebrücke zu vermeiden, da diese später zu feuchten Stellen am Gebäude führten, bestätigt auch Gemeinderat **Honold**.

Er spreche sich für den Einbau der Lüftungsanlage aus und könne auch insgesamt mit dem Entwurf mitgehen, so Gemeinderat **Kemppel**. Er schlägt weiter vor, bei der Interimslösung eine mögliche Kombination mit dem Kindergarten zu bedenken.

Gemeinderat **Schweizer** erkundigt sich, ob es im Falle einer einbrechenden Konjunktur die Möglichkeit gebe, in der Maßnahme zu pausieren.

Unabhängig von den Abrechnungsmodalitäten für die Fördergelder sei dies nach Ansicht von Herr **Riglewski** ganz klar möglich. Im schlimmsten Falle müssten die Gebäudeteile B und C komplett saniert und die Gebäudeteile A und Z belassen werden.

Anerkennend hält Gemeinderat **Schweizer** fest, dass die Schulsanierung für Mainhardt tatsächlich ein sehr großes Projekt sei. Da sei die Prozessgestaltung einschließlich der Besichtigung in Güglingen, der Präsentation von Herrn Riglewski und die Klausur des Gemeinderates schon sehr hilfreich gewesen. Für ihn stehe jetzt fest, dass es keine Alternative zur geplanten Sanierung gebe. Es sei alles gut durchleuchtet und geprüft worden, so dass sich der Gemeinderat nicht vorwerfen lassen müsse, er habe die Entscheidung leichtfertig getroffen. Er selbst werde das Projekt auf jeden Fall unterstützen.

Dem könne sich auch Gemeinderat **Müller** grundsätzlich anschließen, der sich ergänzend dazu erkundigt, was sich hinter dem Begriff der Multifunktionswand verberge. Außerdem frage er sich, ob nicht statt der Schulküche die Bücherei nach oben verlegt werden könne, da dies doch den geringen Eingriff darstelle. Darüber hinaus wolle er wissen, ob die Schaffung der Barrierefreiheit Auswirkungen auf das Raumangebot habe.

Bei den Multiunktionswänden handle es sich um Einbauwände in den Klassenzimmern, in die Schränke, Garderoben, Waschbecken und die Technik integriert würden. Für die Entfluchtung sei dies von großem Vorteil, erklärt Herr **Riglewski**.

Zur Situation der Bücherei führt BM **Komor** aus, dass diese auch außerhalb der Schulzeiten sehr gut angenommen werde. Um dies zu ermöglichen, sei ein separater Eingang im Erdgeschoss erforderlich.

Die Schulleiterin Frau **Kuhn** merkt an, dass es außerdem für die neu einzuführende Fächerkombination sinnvoll sei, eine räumliche Verbindung zwischen den dafür benötigten Fachräumen zu schaffen. Insofern sei es wichtig, dass sich die Küche künftig im Gebäude B befinde.

## Öffentliche Sitzung vom 25. Juli 2018

Aufgrund des barrierefreien Umbaus falle tatsächlich ein Klassenzimmer weg, so Frau Kuhn weiter. Dies falle aber nicht ins Gewicht, weil außerdem ja auch eine Schulart wegfalle.

Gemeinderat **Mack** hat große Zweifel daran, dass die Gemeinde ein so großes Projekt mit 17,5 Mio. € stemmen kann. Mit einer solchen Entscheidung würde dem künftigen Gemeinderat jeglicher Spielraum genommen. Seiner Meinung nach sollte mit der Sanierung noch gewartet werden. Andere Gemeinden hätten als Schulstandort dieselben Probleme, weshalb er davon ausgehe, dass sich die Zuschusssituation eher noch verbessere. Bestimmt gebe es irgendwann ein Sonderprogramm, wie dies zum Beispiel auch schon bei der Feuerwehr der Fall gewesen sei. Außerdem gebe es noch viele andere Projekte, auf deren Umsetzung die Bürger warteten. Da sei zum Beispiel das Sportstättenkonzept, das Dorfgemeinschaftshaus in Bubenorbis, das „Stern“-Gebäude und die Ortsdurchfahrten Mainhardt und Bubenorbis. Wenn dies alles umgesetzt werden sollte, hätte dies eine unzumutbare Verschuldung zur Folge. Er wünsche sich deshalb von der Verwaltung ein anderes Konzept, unter Umständen mit einer Sanierung in Segmenten oder weiteren Einsparungsvorschlägen. Er habe bei der jetzigen finanziellen Dimension einfach kein gutes Gefühl, möchte sich aber auch nicht gegen die Schulsanierung aussprechen.

BM **Komor** betont, dass es sich bei den jetzt bewilligten Zuschüssen bereits um ein Sonderprogramm handle, schließlich sei die Instandhaltung des Schulgebäudes eine Pflichtaufgabe der Kommune. Besser werde die Situation ganz sicher nicht, was ihm auch in einem Gespräch mit dem Regierungspräsidium bestätigt wurde. Er gehe auch nicht davon aus, dass die Baupreise in absehbarer Zeit zurückgingen, eher sei damit zu rechnen, dass die Zinsen nach oben gingen.

Die Dimension der vorgelegten Kostenschätzung sei auch für ihn erschreckend hoch, räumt Gemeinderat **Kallina** ein. Der Beratungsprozess aber habe gezeigt, dass es gar keine Alternative gebe. Die brandschutztechnische Situation sei so schlecht, dass die Sanierung gar nicht länger aufgeschoben werden könne. Mit noch mehr Zuschüssen rechne er nicht, vertraue aber dafür auf die Projektbeteiligten, die auf die Kostenentwicklung ganz sicher achten würden. Vielleicht würden sich im Lauf der Sanierung noch Einsparpotentiale finden lassen. Er trage die Entscheidung daher mit und spreche sich darüber hinaus auch für den Einbau der Lüftungsanlage aus.

Frau **Kuhn** unterstreicht mit einer Schilderung der augenblicklichen Situation in den Schulgebäuden die Dringlichkeit der Sanierung aus Sicht der Schulleitung und des Lehrerkollegiums und sagt deren volle Unterstützung zu.

Die Schule sei über 50 Jahre alt, bemerkt Gemeinderat **Feuchter**. Da sei es nicht verwunderlich, dass eine grundlegende Sanierung fällig werde. Im Prinzip müssten die Gebäude teilweise sogar bis auf den Rohbau zurückgebaut werden. Da könne es nicht ausbleiben, dass dafür auch hohe Investitionen fällig würden. Aber es werde damit schließlich für die Zukunft gebaut. Derzeit betrage die Pro-Kopf-Verschuldung ca. 500 € und natürlich werde diese Zahl deutlich ansteigen, seiner Meinung nach aber nicht in einem unüberschaubaren Maße. Auch er gehe nicht davon aus, dass sich die Zuschusssituation für Mainhardt verbessern werde. Schließlich gebe es in anderen Teilen des Landes Schulen, die in einem noch viel schlechteren Zustand seien. Genau so wenig rechne er mit sinkenden Baupreisen. Der Zeitpunkt sei deshalb durchaus günstig.

Die Schule liege ihm am Herzen, beteuert Gemeinderat **Correll**. Er halte auch die Planung für sehr gut und würde sich wünschen, sie umsetzen zu können. Aber angesichts der Haushaltssituation sei dies einfach nicht zu leisten, fürchtet er. Ab dem Jahr 2020 prognostiziert

## Öffentliche Sitzung vom 25. Juli 2018

Gemeinderat **Corell** ein negatives Haushaltsergebnis und den Abbau aller Liquiditätsreserven und zwar unabhängig von der konjunkturellen Entwicklung. Die vorgelegte Finanzplanung sehe er sehr kritisch, da sie von einer gleichbleibend guten Finanzsituation ausgehe, keine Kostensteigerung berücksichtige und weitere Investitionen zu gering oder gar nicht berücksichtige. Er warnt davor, dass der Beschluss der Schulsanierung gleichzeitig bedeute, dass darüber hinaus keinerlei Handlungsspielraum verbleibe. Und das, obwohl die Finanzierung sehr positiv dargestellt sei. Er frage sich deshalb was passiere, wenn es zudem zu einer Finanzkrise komme. Wenn vermieden werden solle, dass die Gemeinde irgendwann zahlungs- und handlungsunfähig sei, dürfe der Beschluss nicht in der vorliegenden Form gefasst werden. Er fordere deshalb eine Vertagung der Entscheidung bis zur Vorlage eines Konzepts für eine leistbare Schulsanierung.

Gemeinderat **Feger** regt ebenfalls an, die Entscheidung bis zur nächsten Sitzung zu vertagen. Er hätte zuvor gerne eine Gesamtfinanzierungsübersicht für die drei Großprojekte Schule, Kindergarten und Sportstättenkonzept. Angesichts der derzeitigen Situation am Geldmarkt sollte nämlich überlegt werden, für die Finanzierung auf die Inanspruchnahme vorhandenen Eigenkapitals in Form von liquiden Mitteln und Bausparguthaben komplett zu verzichten und stattdessen lieber höhere Kredite aufzunehmen.

Diese Entscheidung könnten aber ohnehin erst getroffen werden, wenn die Ergebnisse der Verhandlungen mit den verschiedenen Banken vorlägen, wirft Gemeinderat **Schweizer** ein.

Ergänzend zu seiner Stellungnahme fordert Gemeinderat **Mack**, dass im Falle eines Votums für die Schulsanierung dann aber auch in anderen Projekten, wie der Schaffung von Bauplätzen, frisch vorangegangen werde. Außerdem bittet er zu prüfen, ob tatsächlich für die Interimsunterbringung eine Kombination mit dem Kindergarten denkbar sei.

Gemeinderat **Feuchter** fordert dazu auf, mutig zu sein und eine Entscheidung zu treffen. Die Zukunft kenne keiner aber die Zahlen der Eröffnungsbilanz seien seiner Meinung nach eine gute Ausgangsbasis. Auch er kann sich vorstellen, auf das Bausparguthaben zu verzichten und dies lieber als Reserve in der Hinterhand zu behalten.

Es gehe darum, den Schulstandort für die nächsten 50 Jahre zu sichern, unterstreicht Gemeinderat **Zendler**. Da dürfe man nicht zu pessimistisch sein sondern müsse jetzt die Entscheidung treffen.

Gemeinderat **Weidner** gibt zu bedenken, dass in den nächsten Jahren mit rückläufigen Gewerbesteuererinnahmen zu rechnen sei. Da sollte eine hohe Verschuldung eher vermieden werden.

Abschließend macht BM **Komor** noch einmal deutlich, dass die Sanierung auf einem vernünftigen Niveau geplant worden sei. Hier noch weitere Einsparungen zu erzwingen, würde sich negativ auf das Gesamtprojekt auswirken. Außerdem sei durchaus auch überlegt worden, die Umsetzung auf einen längeren Zeitraum zu strecken, damit werde dann aber die Zuschussvoraussetzung der kurzen Bauzeit nicht mehr erfüllt und die Gelder würden wegfallen. Er bezweifle auch, dass der Schulbetrieb noch lange mit sogenannten Schönheitsreparaturen aufrechterhalten werden könne. Stattdessen brauche es ein zukunftsorientiertes und nachhaltiges Gesamtkonzept. Aber natürlich sei es absolut richtig, sich Gedanken um die Liquidität der Gemeinde zu machen. Im Haushaltsplan sei aber bereits nachgewiesen, dass diese erhalten bleibe. Ein Aufschub der Entscheidung ändere letztendlich nichts an deren Notwendigkeit. Sie enge nur den Umsetzungszeitrahmen ein, der durch den Zuschuss genau vorgegeben sei. BM Komor sagt zu, dass eine Gesamtfinanzierungsübersicht vorgelegt werde, ruft aber dazu auf, die Entscheidung unabhängig davon bereits in der heutigen Sitzung zu treffen.

### **Öffentliche Sitzung vom 25. Juli 2018**

Bevor er über den Beschlussantrag abstimmen lässt, stellt er den Antrag von Gemeinderat Corell auf Vertagung bis zur Vorlage eines neuen Konzepts zur Abstimmung.

Der Antrag wird mit 1 Ja-Stimme, 14 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

## Öffentliche Sitzung vom 25. Juli 2018

### **§ 5      Bebauungsplan "Am Hanfweg" in Hütten** **- Behandlung der eingegangenen Bedenken und Anregungen** **- Satzungsbeschluss** **Vorlage: 60/2018**

#### **Beschluss:**

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 1) werden zur Kenntnis genommen und die Abwägungsvorschläge der Verwaltung entsprechend beschlossen.
2. Der Bebauungsplan „Am Hanfweg“ in Hütten wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen und den örtlichen Bauvorschriften, jeweils mit Datum vom 25.07.2018, gefertigt vom Fachbereich Kreisplanung, Landratsamt Schwäbisch Hall, gemäß § 10 BauGB und § 74 LBO als Satzung beschlossen. Es gilt die Begründung vom 25.07.2018.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wird mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend:      Gemeinderat Vogelmann

#### **Beratungsverlauf:**

BM **Komor** verweist auf die Sitzungsvorlage Nr. 60/2018 und übergibt das Wort an Frau **Häfner**, die kurz auf die im Rahmen der Auslegung eingegangenen Stellungnahmen und deren Auswirkungen auf die Darstellung im Bebauungsplan eingeht. Zum einen sei die vom Denkmalamt benannte Verdachtsfläche zeichnerisch dargestellt und zum anderen seien die Baugrenzen nach Norden hin bis zur Geltungsbereichsgrenze verlängert worden. Einfluss auf die Bebaubarkeit habe dies nicht, macht Frau Häfner deutlich. Die Verlängerung der Baugrenzen erleichtere lediglich die Änderung der Grundstückszuschnitte im Norden.

Es ergeben sich keine weiteren Fragen aus dem Gremium, so dass BM **Komor** über den Beschlussantrag abstimmen lässt. .

## Öffentliche Sitzung vom 25. Juli 2018

### **§ 6 Mitverlegung von Leerrohren bei der Sanierung der Kreisstraße zwischen Mainhardt und Hammerschmiede Vorlage: 61/2018**

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt der Mitverlegung eines Leerrohrs zwischen Mainhardt und Hammerschmiede zum Preis von 34.959,82 € zu.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wird mit 17 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

#### **Beratungsverlauf:**

BM **Komor** verweist auf die Vorlagen und erläutert, dass sich die Verwaltung aus Kostengründen gegen die Mitverlegung eines zweiten Leerrohrs für eine mögliche E-Ladestation ausspreche. Das Leerrohr für die spätere Breitbandversorgung hingegen entspreche der Gesamtplanung der Gemeinde.

Es sei sicher wichtig, das Thema E-Ladestation nicht aus den Augen zu verlieren, bestätigt Gemeinderat **Schweizer**, aber die Umsetzung müsse noch nicht jetzt erfolgen.

Nachdem keine weiteren Fragen offen sind, lässt BM **Komor** über den Beschlussantrag abstimmen.

## Öffentliche Sitzung vom 25. Juli 2018

### **§ 7 Anpassung Elternbeiträge in Kindertagesstätten 2018/2019 Vorlage: 58/2018**

#### **Beschluss:**

Die Anpassung der Elternbeiträge für das Kindergartenjahr **2018/2019** erfolgt ab 01.09.2018 wie in der Anlage 1 beschrieben.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Gemeinderat stimmt mit 17 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig für die Anpassung der Elternbeiträge.

#### **Beratungsverlauf:**

BM **Komor** verweist auf die Sitzungsvorlage Nr. 58/2018 und informiert über die Empfehlung des Landesverbands hinsichtlich der Höhe der Elternbeiträge. Von der Verwaltung werde vorgeschlagen, zusätzlich zu den regulären Beiträgen eine Pauschale für Auslagen in Höhe von 3 € zu erheben. Damit könne künftig das Einsammeln dieser Beträge für Bastelmaterial und ähnliches in den Einrichtungen entfallen.

Gemeinderat **Feger** bittet darum sicherzustellen, dass eine solche Pauschale steuerrechtlich unbedenklich erhoben werde.

Dies sagt Herr **Göbel** zu und erläutert, dass bei der Erhebung der Beiträge die Gesamtleistung im Vordergrund stehe. Die einheitliche Einnahme diene lediglich der Vereinfachung und Übersichtlichkeit. Dadurch bliebe den Erzieherinnen die Verwaltung dieser Einnahmen erspart.

**§ 8 Konzeptionsentwicklung Kindergarten**  
**Vorlage: 63/2018**

**Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt den Planungen der Konzeptionsentwicklung zu und wählt den offenen Ansatz mit Stammgruppen als pädagogischen Ansatz für die Kindertagesstätten der Gemeinde.

**Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wird einstimmig mit 17 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

**Beratungsverlauf:**

Anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, erläutert Herr **Göbel** die derzeitige Situation in den Einrichtungen. Durch diese Situationsanalyse habe er festgestellt, dass es zurzeit kein einheitliches Konzept in der Gemeinde gäbe und man deshalb oft nicht von einer Einrichtung sprechen könne. Die Entscheidung für ein einheitliches Konzept läge bei dem Gemeinderat als Arbeitgeber, der die Verantwortung trage und dadurch ein klares Zeichen des Zusammenhalts setzen könne. Als pädagogische Grundlage schlage er den Offenen Ansatz vor, bei dem besser auf die Bedürfnisse und Fähigkeiten eines Kindes eingegangen werden könne.

Gemeinderat **Kemppel** erkundigt sich, ob die Gruppeneinteilung mit den einzelnen Bezugspersonen beibehalten würde. Herr **Göbel** bejaht dies. Eine Stammgruppe solle beibehalten werden, bei der jedes Kind eine Bezugsperson habe, die sich auch organisatorisch um das Kind kümmere und als Ansprechpartnerin für die Eltern zur Verfügung stünde.

Auf Nachfrage von Gemeinderat **Feger** versichert Herr **Göbel**, dass die Eltern und Elternbeiräte im nächsten Schritt eng in die Gestaltung und Umsetzung des Konzepts einbezogen würden. Das Konzept wird die pädagogische Arbeit unterstützen und besser strukturieren.

Gemeinderat **Honold** lobt die sehr gute Ausarbeitung und wünscht viel Erfolg bei der Umsetzung. Seiner Auffassung nach könne eine einheitliche Konzeption eine Bereicherung für die Kinder und Eltern, aber auch für die Erzieherinnen darstellen.

Auf ihre Nachfrage hin versichert Herr **Göbel** Gemeinderätin Kopf, dass genug Personal für die vielen Möglichkeiten im Offenen Ansatz vorhanden sei.

BM **Komor** leitet die Abstimmung ein, indem er verdeutlicht, dass es das Ziel der Gemeinde sei, alle Kindergärten als einheitliche Einrichtung darzustellen, indem sie eine gemeinsame Grundlage für ihre Arbeit haben.

**§ 9 Bausachen**

**Beratungsverlauf:**

Derzeit liegen keine Bausachen zur Beratung vor.

## Öffentliche Sitzung vom 25. Juli 2018

### § 10 Verschiedenes

#### Beratungsverlauf:

Nachdem seitens der Verwaltung zu diesem Tagesordnungspunkt keine Beratungen anstehen, schließt BM **Komor** die öffentliche Sitzung